

Französische und englische Rheinlandpolitik

Autor(en): **David, Heinrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **26 (1923-1924)**

Heft 16

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-748442>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

FRANZÖSISCHE UND ENGLISCHE RHEINLAND- POLITIK

Als der Präsident der Vereinigten Staaten an Bord des *George Washington* zu den Friedensverhandlungen nach Paris hinüberfuhr, sagte er eines Abends, auf dem Verdecke hin- und herwandelnd, zu einem seiner Begleiter:

«Es ist Amerika, an das sich die ganze Welt heute wendet, nicht nur mit all ihrem Unrechte, sondern auch mit ihren Hoffnungen und ihren Beschwerden. Der Hungernde erwartet, dass wir ihn nähren, der Obdachlose, dass wir ihm ein Obdach leihen, der an Leib und Seele Kranke, dass wir ihn heilen. Alle diese Erwartungen sind von einer fürchterlichen Dringlichkeit. Kein Aufschub ist möglich . . ., indessen Sie wissen und auch ich weiß es, dass all das Unrecht der Vergangenheit, dass all das Unglück der Gegenwart nicht in einem Tage und nicht mit einer Bewegung der Hand wieder gutgemacht werden kann. Ich hoffe von ganzem Herzen, dass ich mich täusche, aber, was ich zu sehen glaube, ist eine Tragödie der Enttäuschung.»

Die Tragödie der Enttäuschung ist Wilson, ist aber auch der Welt nicht erspart geblieben. Die Gegenwart krankt an ihr. Die Menschen haben sich nur als das gezeigt, was sie sind, und nicht als das, was zu sein eine gutgläubige Hoffnung währte. Der ausgestreute Samen der «neuen Ordnung» ist nicht aufgegangen. Die Wiedergeburt des Geistes hat sich nicht vollzogen. Die französische Rheinlandpolitik ist hiefür Probe und Beweis.

Frankreich kann nicht vergessen. Es leidet wieder, wie es Ende der Zwanzigerjahre hieß, «an der Krankheit von 1815», an dem Schmachfrieden — «une halte dans la boue» nannten ihn die Franzosen. Durch den Frieden von Lunéville, im Jahre 1801, war das Gebiet links des Rheins französischer Besitz geworden. Der erste Napoleon hatte es erobert. Dem ersten Napoleon ging es wieder verloren. In den Pariserverträgen von 1814 und 1815 wurde die eroberte Provinz wieder deutsches Land. Die Erinnerung an das einstmals Gewonnene und der Schmerz um das bald Verlorene grub sich aber tief in die Herzen ein. In den Liedern Bérangers, dem Sänger und einem der

Schöpfer des napoleonischen Kultes, zitterte die Seele des französischen Volkes. Mit dem Dichter schaute Frankreich wehmütig nach dem Rheine und den ihm geraubten Ufern aus, nach dem Rheine, der traurig den Tribut seiner Wellen weiter trägt, während es aus dem Schilfe flüstert: Ehre den Söhnen Frankreichs.

Als Lord Palmerston Ende 1829 Paris besuchte, war er überrascht, wie jeder Franzose, den man treffe, von dem spreche, was man « nos frontières » nenne. Ein jeder erkläre, dass er sich beide Hände abschlagen lasse, um den Rhein, die Alpen und die Pyrenäen als Grenze zu gewinnen. Die Julirevolution, die dem letzten der Bourbonen den Thron kostete, besonders aber die Erhebung Belgiens, die eine Bresche in die Schöpfungen des Wiener Kongresses legte, erfüllte die Herzen vieler in Frankreich mit neuer Hoffnung. Der Tag der Neuordnung schien gekommen. « Le canon de Paris a fait taire celui de Waterloo ». Allein der um die Kräftigung seiner Dynastie besorgte Bürgerkrieg bedurfte des Friedens, und war klug genug, kriegerische Verwicklungen zu vermeiden.

Der listige Orléans, auch ein Letzter eines Herrschergeschlechtes, vermied einen Waffengang selbst dann, als im Jahre 1840 seine Untertanen, von gefährlichen Leidenschaften ergriffen, heftig nach einem solchen riefen. Der ländergierige, ägyptische Despot Mehmed Ali war mit seinem Padischah in Stambul zerfallen. Frankreich ereiferte sich für Mehmed Ali, die übrigen vier Großmächte für den Sultan. In die diplomatischen Verhandlungen züngelte die Kriegsflamme. Die Wunde von Waterloo fing wieder zu bluten an. « Solange wir den Verträgen, die mit dem Blute von Waterloo geschrieben wurden, unterworfen sind, sind wir für die Welt, gesetzlich betrachtet, die Besiegten. » Daher: « Marschirt gegen den Rhein, zerreißt die Verträge von 1815, verkündigt mutig die Grundsätze, welche das Angesicht der Welt verändern werden, ruft es Deutschland, Italien, Spanien und Polen zu, dass eure Oriflamme das Symbol der Gleichheit und der Brüderlichkeit unter den Menschen ist. »

Allein in den fünfundzwanzig Jahren war eine gründliche Änderung vor sich gegangen. « Ein deutsches Fühlen und eine

nationale Gesinnung sind überall im deutschen Volke lebhaft geworden, und die Deutschen würden, anstatt die Franzosen als Befreier zu empfangen, wie es manche in den Jahren 1792 und 1793 taten, sich heute wie ein Mann erheben, um von Hass geleitet, einem Angriff auf ihr Land zu begegnen» — so hat es selbst ein ausländischer Staatsmann, Palmerston, mit greifbarer Deutlichkeit gesehen. In der Tat blieb die Antwort auf die Drohungen, nach dem Rhein zu marschieren, nicht aus. Der Rheinländer dichtete sein: « Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein », der Württemberger sang seine *Wacht am Rhein*. Allgemein erinnerte man sich der Worte Arndts: Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze. Alfred de Musset hat in jenen Tagen zwar dem Rheinländer geantwortet:

Nous l'avons eu votre Rhin allemand.
Si vous oubliez votre histoire,
Vos jeunes filles sûrement
Ont mieux gardé notre mémoire.
Elles nous ont versé votre petit vin blanc.

Allein die durch keine eines Opfers oder der Begeisterung würdige Ziele genährte Kriegsstimmung verflog damals bald in der Luft.

Die Überlieferung aber lebte weiter. Der erste republikanische Minister des Auswärtigen, der Dichter Lamartine, erklärte in einem Rundschreiben an die diplomatischen Vertreter Frankreichs vom 4. März 1848, dass für die französische Republik die Verträge von 1815 rechtlich nicht mehr beständen, dass aber immerhin die Gebietseinteilungen dieser Verträge eine Tatsache bildeten, die sie als Grundlage und Ausgangspunkt in den Beziehungen mit den andern Staaten anerkenne, eine Tatsache aber auch, die nach gemeinsamer Übereinstimmung geändert werden könne. Der kurzlebigen Republik war es nicht vergönnt, mehr zu tun, als Worte zu wechseln. In einem Zeitalter, wie übrigens in jedem, in dem jeder Zoll Boden mit dem größten Enthusiasmus und mit den Waffen in der Hand verteidigt wurde, bedeutete die Hoffnung auf eine Änderung der Verträge « nach gemeinsamer Übereinstimmung » ein langfristiger Wechsel auf eine ferne Zukunft — in die Wolken geschrieben.

An dieser Hoffnung zehrte jedoch auch der letzte des letzten französischen Herrschergeschlechtes, der dritte Napoleon. Unermüdlich jagte der Cäsar von Volkes Gnaden dem Phantom eines Kongresses der Monarchen der Großmächte nach, um die Verträge von 1815 zu zerbrechen und alles zu verbessern, was der Wiener Kongress schlecht eingerichtet oder unvollendet gelassen hatte. Die misstrauischen Regierungsgewalten aber, an die sich der Kaiser wendete und die sich ihrer Besitzes-titel sicher dünkten, vermieden es beharrlich, sich von dem gefährlichen Phantasten an der Seine fangen zu lassen. Dies hinderte indessen Napoleon nicht, bis an das Ende seiner Regierungszeit über Pläne zu brüten, die die Karte des Kontinents umgestalten und, letzten Endes, seinem Staate Ländergewinne eintragen sollten. Einmal war es Luxemburg, ein andermal Belgien, einmal war es dieses, ein andermal jenes Stück deutschen Gebietes. Warum sollte er nicht wiedergewinnen, was durch seinen großen Vorfahr verloren gegangen war? So sagte er 1857 zu dem Prinzgemahl von England, dass ihm zur Befestigung seiner Herrschaft das linke Rheinufer nötig sei. Dem Herzog von Koburg-Gotha gegenüber äußerte er sich etwas bescheidener dahin, dass es ihm gleichgültig sein könne, ob man ihn am Rhein oder in Italien entschädige. Indessen einzig und allein der großangelegte, für die Befreiung und die Unabhängigkeit Italiens mit Sardinien gegen Österreich unternommene Feldzug, der mit den blutigen Schlachten bei Magenta und Solferino endigte, brachte Ländergewinn: Savoyen und die Grafschaft Nizza.

Hier war es die Tat, die triumphierte. Die Pläne aber, die durch die Kunst diplomatischer Schachzüge verwirklicht werden sollten, trugen alle den Todeskeim des Misserfolges in sich. Als sich der Kaiser durch die Kriegspartei in seiner Umgebung zum Kriege gegen Preußen drängen ließ, war er ein kranker, vor der Zeit gebrochener Mann. Der einst so gewandte, ja verwegene Reiter musste sich im Wagen von Schlachtfeld zu Schlachtfeld, von Niederlage zu Niederlage und schließlich in die Gefangenschaft fahren lassen.

Frankreich hatte die fehlerhafte Politik seines Herrschers und den Zusammenbruch der napoleonischen Dynastie mit

dem Verluste von Elsass-Lothringen zu bezahlen. Dieses gewaltige Ereignis schob die Rheinfrage in den Hintergrund. Jetzt war es die Sehnsucht nach den verlorenen Provinzen, die die Gemüter der Patrioten für lange Zeit bewegte. « *Pensions-y toujours et n'en parlons jamais* », riet Gambetta seinen Landsleuten.

Da rief der Weltkrieg die schlummernden Ansprüche wieder zu tätigem Leben.¹⁾ Schon früh, Ende 1915 und Anfangs 1916, fing Frankreich zur Zeit des Ministeriums Briand an, seine Kriegsziele mit seinem Verbündeten in Petersburg zu besprechen. Besonders dringend legte der französische Abgesandte, Doumergue, im Januar 1917 dem Zaren Nikolaus die Wünsche Frankreichs vor. Nicht viel später, im Februar 1917, gelang es, in einem Notenaustausche die Verpflichtungen der beiden Regierungen zur Erreichung ihrer Kriegsziele festzustellen. Frankreich versprach, Russlands Ansprüche auf Konstantinopel und die Meerengen, sowie die volle Freiheit seines Verbündeten anzuerkennen, seine, Russlands, Westgrenze gemäß seinen Wünschen festzusetzen. Russland dagegen hatte sich für eine günstige französische Westgrenze zu verwenden und dafür einzutreten, dass die lothringischen Erzlager und die Kohlengruben des Saarbeckens Frankreich zugesprochen würden. Die deutschen Gebiete links des Rheins sollten von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von dem Deutschen Reiche befreit und aus ihnen ein autonomer, neutraler Staat geschaffen werden, der bis zur Erfüllung aller in den künftigen Friedensverträgen festzusetzenden Bedingungen und Sicherheiten durch französische Truppen zu besetzen wäre.

Zu ungefähr derselben Zeit, am 12. Januar 1917, hat der französische Ministerpräsident Briand, der zugleich das Ministerium des Auswärtigen leitete, ein vertrauliches Schreiben an seinen Botschafter in London, Paul Cambon, gerichtet, in dem er zugab, dass die Zurücknahme der Rheinlande, die Frankreich vor einem Jahrhundert weggenommen worden

¹⁾ Die folgende Darstellung stützt sich vorzüglich auf: Baker, Ray Stannard, *Woodrow Wilson and the World Settlement*. 3 Bde. Cocks, F. Seymour *The secret treaties and understandings*. Gooch, G. P., *History of modern Europe 1878—1919*. Tardieu, André, *La Paix*.

sein, den Franzosen als Eroberung gedeutet werden könnte, woraus ihnen daher Schwierigkeiten erwachsen dürften. Aber wichtiger als ein ruhmvoller Vorteil sei es, einen Zustand der Dinge herbeizuführen, der sowohl für Europa als auch für Frankreich Sicherheit biete. Es müsse daher ein vor dem französischen Gebiete gelegener Schutzwall errichtet werden. Deutschland dürfe keinen Fuß mehr jenseits des Rheines haben. Die Organisation dieser Gebiete, ihre Neutralität, ihre vorübergehende Besetzung müsse bei den kommenden Besprechungen zwischen den Alliierten in das Auge gefasst und daran festgehalten werden, dass Frankreich, das am unmittelbarsten an der Verfassung dieses Gebietes interessiert sei, bei der Lösung dieser wichtigen Frage eine ausschlaggebende Stimme habe.

Das vorsichtige Schreiben des französischen Ministerpräsidenten blieb offenbar ohne Folge. Um so größer war die Wucht, mit der sich die französische Politik nach dem Siege, der Rückgewinnung Elsass-Lothringens sicher, während der Friedenskonferenz für die Rheingrenze einsetzte. Nun war es, wie Marschall Foch erklärte, Frankreich, das die Wacht am Rhein zu stellen habe. In einem Memorandum vom 10. Januar 1919 bereitete der Marschall den Boden vor, auf dem die Vertreter Frankreichs an der Konferenz zu fechten hatten. Nachdem die Hilfe Russlands, so hieß es, dahingefallen sei, könnten sich die Westmächte nur noch auf ihre eigenen Kräfte verlassen. Sie würden aber ihrem Feinde gegenüber stets an Machtmitteln unterlegen sein. Deutschland zusammen mit den deutsch-österreichischen Provinzen — so rechnet Marschall Foch — gebiete über eine Bevölkerung von 75 Millionen und, wenn Deutsch-Polen, Elsass-Lothringen, das linksrheinische Gebiet, Schleswig-Holstein abgezählt würden, über ein Volk von 64 Millionen. Belgien, Luxemburg, Elsass-Lothringen und Frankreich könnten diesem Massenaufgebote nur 49 Millionen Einwohner gegenüberstellen. Der Beistand der Mächte jenseits der Meere könne allerdings der Ungunst der Ziffern abhelfen. Allein immer verfließe Zeit, bis diese Hilfe eintreffe. Und gerade dieser Zeitgewinn bilde das Verführerische für die deutsche Militärgewalt. Sie brauche nur die Faust aus-

zustrecken, um Frankreich an seinem Lebensnerv zu treffen. Es gebe nur eine wirksame Hilfe. Die Schranke, die die Natur gegen die Einbruchsfahr aufgestellt habe: der Rhein. Der Rhein müsse ausgenützt, besetzt, verteidigt, organisiert werden. Ohne diese Vorsichtsmaßregel könne die arbeitsame und friedliebende Bevölkerung des nord-westlichen Europa von einem Augenblick auf den andern in der Flut barbarischer Kriege, die kein Damm aufhalten würde, ertränkt werden.

Von jetzt an — folgert Foch — müsse der Rhein die Westgrenze des Deutschen Reiches bilden. Von jetzt an müsse Deutschland der Möglichkeit beraubt werden, sich des linken Rheinufer zu bedienen, das heißt, es müsse der Souveränität über die Rheinlande verlustig gehen, genauer: es müsse ihm jede Möglichkeit genommen werden, Belgien und Luxemburg, wie im Jahre 1914, zu überfallen, die Küste der Nordsee zu gewinnen, England zu bedrohen, die natürlichen Verteidigungsstellungen Frankreichs — den Rhein und die Mosel — zu umgehen, die nördlichen Departemente zu erobern und in die Nähe von Paris zu gelangen. Schließlich biete auch der Rhein mit seinen befestigten Städten, seinen Verkehrsmitteln, Wegen und Eisenbahnen, die auf den Rhein auslaufen und ihm parallel gehen, « eine prächtige Basis » für die Manöver einer Gegenoffensive.

Die These des Marschalls wurde von den Vertretern Frankreichs an der Friedenskonferenz mit einer Beredsamkeit, die niemals ermüdete, mit einer Beharrlichkeit, die niemals nachließ, in Memoranden und Besprechungen übernommen, festgehalten, erweitert und mit seltener Unerschütterlichkeit sozusagen bis zum letzten Atemzuge verteidigt. Alle Gründe, die den französischen Staatsmännern die Geographie, die Geschichte — allerdings in geschickter Zubereitung —, die Doktrin des deutschen Generalstabes, die Aussprüche deutscher Feldherren und die Erfahrungen des letzten Krieges zu bieten schienen, wurden gleichsam in einem Scheinwerfer gesammelt, um den wohlhabenden Streifen Landes in die grelle Beleuchtung einer unheimlichen Gefahrenzone zu rücken.

Die linksrheinischen Gebiete und, was Frankreichs Vertreter immer nachdrücklich hervorheben, besonders die Rheinüber-

gänge Kehl, Mannheim, Mainz, Koblenz, Köln und Düsseldorf in deutschem Besitze bilden, so hieß es, die große Gefahr nicht nur für Frankreich, sondern auch für die Alliierten. Die Geschichte seit 1815 beweise, dass die Überfälle von 1870 und 1914 nur möglich gewesen seien, weil Deutschland vor den Toren Frankreichs und einige Tagemärsche von Paris entfernt über den fürchterlichsten, zum Angriffe bestimmten Waffenplatz verfügt habe. Die offensive Kraft Deutschlands beruhe auf dem strategischen Netze (est essentiellement fonction du réseau stratégique), das von ihm auf der linken Seite des Rheins geschaffen worden sei. Für die Sicherheit nicht nur der Demokratien des Westens, sondern auch der neugeschaffenen jungen Republiken im Osten und Süden Deutschlands sei es nötig, diesen Teil des Deutschen Reiches in die Hände zu bekommen. Denn Deutschland, im Besitze des Rheins, würde im Falle eines Krieges die Kräfte der Westmächte solange festhalten, bis es z. B. Polen oder die Tschechoslowakei vernichtet hätte. Auch England werde aus dem Weltkriege die Lehre gezogen haben, dass seine europäische Grenze nicht bei Dover, sondern am Rheine liege. Der Rhein sei für England wichtiger als der Kanal von Suez und der Himalaya.

Durch die Rheingrenze werde auch — nach der französischen Auffassung — das Gleichgewicht der Streitkräfte zwischen den feindlichen Nationen annähernd hergestellt und überdies der wirtschaftliche Anreiz zu deutschen Angriffskriegen hinweggeräumt. Denn im Jahre 1815 habe es Deutschland auf die Kohlenlager des Saarbeckens, im Jahre 1870 auf die Erzlager von Lothringen und im Jahre 1914 auf diejenigen von Briey abgesehen. Die Rheingrenze entferne daher die Verlockung zu Eroberungskriegen dieser Art.

Nur die Herrschaft über die Rheinlinie, diese allein sei es, was Frankreich Sicherheit biete. Die beiden Kriege von 1866 und 1870 hätten dazu gedient, die deutschen Staaten zu einer Einheit zusammenzuschmelzen, um sie nach preußischem Muster und unter preußischer Leitung zu militarisieren. Aber nicht nur das rein militärische Gebiet habe sich der preußische Staatsgedanke unterworfen. Alle Klassen des Volkes, alle geistigen und wirtschaftlichen Kräfte seien gedrillt, zentralisiert

und militarisiert worden. Eine despotische Monarchie, eine einflussreiche Aristokratie, erfolgreiche Kriege, alles hätte zusammengewirkt, um die Lehre von der Überlegenheit der Idee der Macht in Schule und Haus zu verbreiten. Deutschland habe an seine überragende Kultur und an seine Mission zu glauben gelernt. Es habe sich das Gesetz: «Macht geht vor Recht» gegeben und sich das Ziel gesetzt: Deutschland über alles.

Durch den Zusammenbruch der alten Regierungsform sei an dem vorhandenen, bedrohlichen Zustande nichts geändert worden. Eine Republik, die auf denselben Grundsätzen der zentralisierten Gewalt und des Militarismus aufgebaut sei und ganz Deutschland in den Händen habe, werde für den Frieden Europas ebenso gefährlich sein, wie das Kaisertum. Deutschland werde für eine lange Zeit, solange nicht seine politische und philosophische Wandlung vollendet sein werde, eine gefährliche Drohung bleiben. Keine Entwaffnung, keine Verminderung der Wehrmacht, keine Entmilitarisierung, keine Neutralisierung und kein Völkerbund, nicht einmal eine Allianz mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten würden imstande sein, die Welt von dem deutschen Alpdrucke zu befreien — nur der Rhein könne dies, der Rhein «als die Grenze der Freiheit», als die Schutzwehr der Demokratien des Westens.

Schwierigkeiten bot es, zu sagen, wie es mit den linksrheinischen Gebieten staatsrechtlich zu halten sei. Ursprünglich war Marschall Foch der Meinung, dass es auf dem linken Ufer des Rheins keine neutralen Staaten geben dürfe. Die Bevölkerung dieses Ufers müsse imstande sein, vorkommenden Falles die Waffen gegen die deutsche Gefahr zu ergreifen. Die mit dem festländischen Westen verbundenen Bevölkerungen (Luxemburg und Rheinland) müssten daher im Friedensvertrage staatsrechtlich in der Weise organisiert werden, dass sie sich im gegebenen Augenblicke militärisch und politisch antideutsch verhalten würden. In seinem Memorandum vom 10. Januar 1919 begnügte sich indessen der Marschall damit, Deutschland die militärische Besetzung (*accès militaire*) und die Ausübung politischer Propaganda in den umstrittenen Landesteilen zu verbieten. Die Besetzung des linksrheinischen Gebietes sollte durch alliierte Truppen geschehen. Zur Sicherung der Brücken-

köpfe wäre eine rechtsrheinische neutrale Zone vorzusehen. Das losgetrennte Gebiet müsste durch eine Zollunion mit den Westmächten verbunden werden.

André Tardieu, während der Friedenskonferenz die rechte Hand Clemenceaus, fügte in seinem Entwurfe vom 12. März 1919 noch hinzu, dass die Gebiete links des Rheins zu unabhängigen, unter dem Schutze des Völkerbundes stehenden Staaten umgebildet werden sollten. Einen Monat nach Abschluss der Friedenspräliminarien wären die Bedingungen festzustellen, unter welchen die obern deutschen und preußischen Beamten das Gebiet jenseits des Rheins zu verlassen hätten und innerhalb zweier Monate nach Abschluss der Präliminarien würde unter der Aufsicht des Völkerbundes ein Abkommen zu treffen sein, unter welchen Bedingungen im linksrheinischen Gebiete die wirtschaftlichen deutschen Interessen zu liquidieren sein würden.¹⁾ Es wäre keine Annexion im eigentlichen Sinn des Wortes gewesen. Gewiss nicht, aber, trotz Völkerbund, die tatsächliche Unterwerfung einer politisch und wirtschaftlich von der Heimat losgelösten, waffenlosen Bevölkerung unter den Willen des westlichen Nachbars wäre es gewesen.

Dass die Vertreter Frankreichs das Ziel ihrer Wünsche in Versailles nicht erreicht haben, ist nicht ihre Schuld gewesen. Denn an Verve, glänzender Dialektik und an nimmermüden, geschlossenen Vorstößen haben sie es nicht fehlen lassen. Aber immer, wenn sie mit der ganzen Wucht ihrer angesammelten Gründe gegen die feindliche Stellung anstürmten, begegneten sie auch immer einem und demselben Einwand. Einem Einwand, den sie nicht zu entkräften vermochten, und der doch den Ausschlag geben musste. Dem Einwande nämlich, dass

¹⁾ Tardieu berechnet den Verlust, den Deutschland durch den Wegfall des linken Rheinuferes und Elsass-Lothringens erleiden würde, auf 8 Prozent seiner Oberfläche. Er sagt: « ... elle représenterait un appauvrissement qui peut s'exprimer:

- Par 11 p. cent pour la population;
- » 15 » » environ pour le trafic ferroviaire et fluvial;
- » 67 » » pour le vin;
- » 12 » » pour la houille;
- » 80 » » pour le minerai de fer;
- » 38 » » pour la métallurgie de l'acier;
- » 30 » » pour les textiles.

Seuls, parmi les articles importants, les céréales, le sucre, et les pommes de terre n'accuseraient qu'une faible diminution variant de 4 à 9 p. cent. (*La Paix*, p. 186.)

das Gebiet, das von dem Mutterlande getrennt werden sollte, altes deutsches Siedlungsgebiet und von Deutschen, die Deutsche bleiben wollen, bewohnt ist. Niemand, weder Freund noch Feind, konnte das bestreiten. Die Rheinländer, wenigstens manche unter ihnen, hatten seiner Zeit die Ideen und die Truppen der französischen Revolution, die sie aus unerträglichen veralteten Zuständen befreiten, freudig begrüßt und fühlten sich später unter der modernen Verwaltung, die ihnen Napoleon gab, wohl. Trotzdem blieben sie ein deutscher Volksteil, der deutsch bleiben wollte. Seignobos, der französische Geschichtsschreiber, gibt, wie sich das übrigens von selbst versteht, wenn man Geschichte und nicht politische Memoranden schreibt, der Wahrheit die Ehre, wenn er sagt: « En 1815 la France n'avait perdu que des pays récemment annexés, dont les habitants ne désiraient pas rester français ». Die Geschichte seit 1815 hat ihm Recht gegeben.

ZÜRICH

HEINRICH DAVID

[Schluss folgt]



IMPRESSIONS DU MAROC

Le Maroc a été pendant des siècles isolé du reste du monde. Il est aujourd'hui à son premier stade du développement moderne. Il offre par ce motif même un intérêt particulier. On est frappé en le visitant d'y voir une fièvre d'activité qui engendre une sorte d'ivresse. Il apparaît surtout comme un pays de contrastes. On y découvre des oppositions qui parfois déconcertent et on est souvent embarrassé pour juger les conflits qui se produisent entre le passé qui est encore presque intact, et l'avenir. En Algérie tout semble stabilisé: les indigènes eux-mêmes ont déjà pris un air de vieux Français. Le Maroc n'est pas arrivé au même degré de maturité. On sent cependant que l'œuvre matérielle qui s'est effectuée depuis 1907 est considérable. Des milliers de kilomètres de routes, plus belles que celles de France, ont été construites; des villes neuves européennes ont surgi avec une incroyable rapidité; des fermes bien bâties émaillent la plaine. On a, sinon partout,